

LobbyControl: Kein TTIP 2.0 mit den USA unter diesen Voraussetzungen

Briefing zum Verhandlungsmandat der Europäischen Union mit den USA

Am 22. Februar entscheidet der Rat der EU über zwei Mandate für Verhandlungen zu einem Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten: Erstens über Senkungen von Industriezöllen mit Ausnahme von Agrarzöllen, zweitens über sogenanntes „Conformity Assessment“, wohinter sich die sogenannte regulatorische Kooperation¹ verbirgt.²

Das Mandat zu regulatorischer Kooperation sieht vor, nicht-tarifäre Handelshemmnisse – also Unterschiede in Standards und Regulierungen zwischen den USA und der EU – abzubauen. Solch ein Vorhaben ist unter den gegebenen Voraussetzungen problematisch:

1. Das Verhandlungsmandat wird nach seiner Verabschiedung vom Rat nicht veröffentlicht. Daher ist womöglich bis Ende Mai unklar, welche Sektoren und Bereiche die regulatorische Kooperation mit den USA umfasst. Gleichzeitig beginnt die EU-Kommission auf Basis der Ratsentscheidung die Verhandlungen mit der US-Seite.

2. Diese Intransparenz ist in Anbetracht der angespannten Handelsbeziehungen besonders gefährlich: Die USA machen massiven Druck mit dem Verweis auf Zollerhöhungen für die Europäische Automobilindustrie. Sie haben ihre Verhandlungsziele bereits klargemacht: Mehr Importe von Agrarprodukten und weniger Datenschutz. Das zeigt die Zusammenfassung der US-Verhandlungsziele, die im Januar vom US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer veröffentlicht wurde.³

3. Auch insgesamt degradiert das Verhandlungsmandat für regulatorische Kooperation wichtigen Verbraucher- und Umweltschutz zu „Handelsbarrieren.“ Diese Perspektive auf wichtige Regeln und Standards ist schädlich für Menschen und Umwelt. Zudem schafft sie institutionell festgeschriebene Einflussmöglichkeiten von Lobbyisten auf Gesetzgebung. Wenn überhaupt, muss regulatorische Kooperation unter demokratischer Kontrolle stattfinden.

Unsere Forderungen im Überblick:

1. Transparenz: Sofortige Offenlegung des Mandats, welches der Rat heute verabschiedet. Der Rat sollte hier der Empfehlung der EU-Kommission folgen.⁴

2. Keine Verhandlungen mit den USA unter diesen Voraussetzungen: Unter dem Druck der Zollerhöhungen zu verhandeln, birgt die Gefahr, dass die Vereinigten Staaten die Interessen ihrer Konzerne durchsetzen. Das gilt gerade in einer Situation unzureichender Transparenz.⁵

3. Kein Mandat für regulatorische Kooperation in Handelsabkommen: Regulatorische Kooperation schafft neue Einflussmöglichkeiten für Lobbyisten und degradiert wichtigen Verbraucher- und Umweltschutz zu „Handelsbarrieren.“ Zuständig dafür sollen Handelsbürokraten sein und keine Abgeordneten von Parlamenten. Wenn überhaupt, muss regulatorische Kooperation unter parlamentarischer Kontrolle stattfinden. Andernfalls wird sie zum Einfallstor für einseitige Wirtschaftsinteressen.

1 Regulatorische Kooperation wird je nach Abkommen auch als „Regulierungszusammenarbeit“ oder als „regulatorische Zusammenarbeit“ bezeichnet. Der englische Begriff heißt „regulatory cooperation“ bzw. „regulatory coherence.“

2 <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1971>

3 https://ustr.gov/sites/default/files/01.11.2019_Summary_of_U.S.-EU_Negotiating_Objectives.pdf

4 Procedural aspects, S. 4: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/january/tradoc_157627.pdf

5 <https://www.bernd-lange.de/content/374506.php>